Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»

Entwurf

vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Prüfung der am 12. Dezember 1997¹ eingereichten Volksinitiative «für tiefere
Arzneimittelpreise»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 12. Mai 1999²,
beschliesst:

Art. 1

¹ Die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise» ist gültig und wird Volk und
Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet, abgestimmt auf die Bundesverfassung vom 18. April 1999:

I

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt ergänzt:

Art. 117 Abs. 3

³ Die in den Nachbarstaaten Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich mit
Rezept oder rezeptfrei zum Verkauf bei Ärztinnen und Ärzten, Apotheken, Spitäl-
lern, Drogerien oder anderen Geschäften zugelassenen Medikamente als Original-
präparate oder Generika sind in gleicher Weise mit Rezept oder rezeptfrei auch bei
Ärztinnen und Ärzten, Apotheken, Spitälern Drogerien oder anderen Geschäften in
der Schweiz zugelassen, ohne dass es für die Schweiz einer besonderen Bewilligung
bedarf. Soweit rezeptpflichtige oder rezeptfreie Medikamente zum Verkauf gelan-
gen, sind Generika abzugeben, sofern solche vorhanden sind oder sofern die Patien-
tin oder der Patient das Präparat nicht selbst bezahlt. Soweit Originalpräparate und
Generika durch die Krankenkassen zu bezahlen sind, sind an die Patientinnen und
Patienten die preisgünstigsten Produkte abzugeben, entsprechend der jedes Jahr ver-
öffentlichten Liste der vom Bund anerkannten Krankenversicherer.

¹ BB1 1998 737
² BB1 1999 7541

II

Die *Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung* werden wie folgt ergänzt:

Art.197 (neu)

1. Übergangsbestimmung zu Art. 117 (Kranken- und Unfallversicherung)

Gesetzliche oder Verordnungsbestimmungen, die im Widerspruch zu Artikel 117 Absatz 3 stehen, sind aufgehoben.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

10445